

# 50 Jahre israelische Besatzung Zur Zukunft Palästinas

3.4.2017



© Raimund Appel

Herausgeber:

Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)  
Möllwaldplatz 5/3, A-1040 Vienna, [www.vidc.org](http://www.vidc.org)

Verfasser: Henrik Feindt

Redaktion: Lisa Bertrams, Magda Seewald

Copyright Fotos: Raimund Appel

Veröffentlichung gemäß §25 des Mediengesetzes mit Novelle 2005 der Republik Österreich.

Copyright: Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, Möllwaldplatz 5/3, A-1040 Wien. Hauptgegenstand: Diskussionspapers zur Entwicklungspolitik, internationaler Zusammenarbeit und kulturellem Austausch zwischen Nord und Süd sowie Anti-Rassismus Kampagnen.

Die hier dargestellten Meinungen sind die der Podiumsteilnehmer\_innen und Besucher\_innen, die sich nicht mit der Meinung des VIDC und der Redaktion decken müssen.

# Bericht

Die Besetzung Palästinas durch Israel dauert nunmehr fünfzig Jahre an. Im Dezember 2016 kritisierte etwa die UN Resolution 2334 die israelische Siedlungspolitik deutlich und es gab Kontroversen um die (später zurückgezogene) Veröffentlichung eines UN Berichts, der die Besetzung als Apartheidsregime bezeichnete. Vor diesem Hintergrund wurden in der hier vorgestellten Veranstaltung Analysen und Debatten um die Zukunft Palästinas aus wissenschaftlicher und aktivistischer Sicht aktualisiert.



**Magda Seewald** wies in ihren einleitenden Worten auf aktuelle Beispiele der israelischen Nichtbeachtung der genannten Verurteilungen seiner Siedlungspolitik hin, namentlich den fortgesetzten Siedlungsbau. Gleichzeitig wies sie aber auch auf eine junge Generation palästinensischer Wissenschaftler\_innen und Aktivist\_innen hin, die erneut nachdrücklich Fragen nach möglichen Auswegen und Lösungen stellen würden und denen mit dieser Veranstaltung das Wort gegeben werden sollte.



**Helmut Krieger** betonte, dass Fragen nach der Zukunft Palästinas, nach gerechten Lösungen für alle in der Region Lebenden, eine genaue Analyse der Besatzungsstrukturen erforderten. Er stellte dann die beiden Hauptredner\_innen vor, die eine solche Analyse zunächst aus politisch-ökonomischer Sicht und schließlich mit Blick auf die Entwicklung der Politik der palästinensischen nationalen Bewegung vorstellen würden, um dann jeweils einen strategischen Ausblick geben zu können.



**Nur Arafah**, Mitarbeiterin des palästinensischen Thinktanks ‚Al-Shabaka‘, gab zunächst einen Überblick über relevante ökonomische Entwicklungen unter der Besatzung. Sie wolle zeigen, dass Politik und Ökonomie in einem Siedler\_innenkolonialismus eng verknüpft waren und sind und dass somit eine palästinensische Strategie immer beides berücksichtigen müsse. Sie zog daher eine Kontinuität des zionistischen Siedler\_innenkolonialismus bis in die gegenwärtige Situation und zitierte den Anthropologen Patrick Wolfe, der in einem solchen Kolonialismus den Versuch sehe, eine gesamte, vorgefundene Gesellschaft vor allem durch

Landenteignung durch eine neue, koloniale, zu ersetzen. Genau das sei auch heute noch der Fall.

In ihrer Analyse begann sie mit dem Zeitraum von 1967 bis 1993, also vom Sechstagekrieg bis zum Abkommen von Oslo. Die israelische Strategie habe hier vor allem in einer Inkorporierung der palästinensischen in die israelische Ökonomie bestanden, die eine möglichst große Landenteignung ermöglichen sollte. Sie habe zudem zu einer massiven Abhängigkeit der palästinensischen von der israelischen Wirtschaft geführt. So wäre etwa eine einseitige Zollunion eingerichtet worden. Einseitig deshalb, da Israel, so Arafah, die Bedingungen diktiert habe. Es habe dann etwa völlige Verkehrsfreiheit für israelische Waren geherrscht, jedoch nur stark eingeschränkte für palästinensische. Gleichzeitig wären Zölle derart erhöht worden, dass der Export palästinensischer Waren in das arabische Ausland behindert worden sei.

So sei die palästinensische Wirtschaft stark abhängig gemacht worden von israelischem Angebot und Nachfrage. Gleichzeitig habe Israel vom resultierenden hohen Außenhandelsdefizit Palästinas profitiert. Nicht nur das Verhältnis viel höherer Importe zu geringeren Exporten Palästinas sei dabei bedeutend, auch die Abhängigkeit würde hier wieder markant: 1994 etwa, seien 88% der Importe des Westjordanlands aus Israel gekommen. Dieses ungleiche Handelsverhältnis sei dabei durch palästinensische Arbeitskräfte in Israel finanziert worden: Etwa 35 bis 40% der arbeitenden Palästinenser\_innen hätten in diesem Zeitraum in Israel gearbeitet. So sei auch eine Abhängigkeit vom Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt hinzugekommen.

Die Einnahmen aus Einfuhrzöllen, Einkommenssteuern und Sozialabgaben wären dabei hauptsächlich von Israel einbehalten worden. Dieser Abzug ökonomischer Ressourcen sei durch die Landenteignung im Zuge des illegalen Siedlungsbaus noch verstärkt worden. Arafah zitierte dazu die UNCTAD (Welthandels- und Entwicklungskonferenz, ein UN-Organ), der zufolge zwei Drittel des Westjordanlands und deutlich mehr als ein Drittel des Gazastreifens zum Zeitpunkt von 1992 nicht von Palästinenser\_innen genutzt oder

kontrolliert worden seien. All dies hätte somit in einer strukturschwachen, unausgeglichene und stark abhängigen palästinensischen Wirtschaft resultiert.



Das Oslo-Abkommen von 1993 hätte dies nur weiter verstärkt. Das Abkommen habe die israelische koloniale Dominanz und die palästinensische Abhängigkeit noch vergrößert. Auch durch Oslo wäre eine ungleiche, einseitige Quasi-Zollunion etabliert worden. Hier verwies Arafah erneut auf die Verbindung politischer und

ökonomischer Faktoren: Israel habe bewusst den palästinensischen Wunsch nach einer Freihandelszone zurückgewiesen, da dieser notwendigerweise eine klare Antwort auf umstrittene Grenzpolitiken gegeben hätte, während eine Zollunion diese zunächst hätte unbeantwortet lassen können. Wie zuvor wären die Bedingungen wieder einseitig von Israel diktiert worden, der Marktzugang asymmetrisch zu Ungunsten Palästinas geregelt worden. Handelsbeziehungen hätten somit sowohl vor als auch nach dem Oslo-Abkommen eine ähnliche strategische Rolle gespielt.

Anders die Arbeitsmarktpolitik. Hier sei ein signifikanter Wandel vollzogen worden: Während für im Westjordanland lebende Palästinenser\_innen nach wie vor ein gewisser Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt bestanden habe, wäre dieser für Personen aus Gaza versperrt worden. Ein weiterer bedeutender Bruch wäre dann die Ausweitung der israelischen Restriktionen auf die Bewegungsfreiheit von palästinensischen Personen und Waren in den 1990er Jahren und vor allem der Bau der Mauer in den 2000er Jahren. Diese ökonomischen und territorialen Fragmentierungen fielen, so die Vortragende, nicht zufällig zusammen mit dem innerpalästinensischen politischen Bruch zwischen Hamas und Fatah von 2007.

Die Fragmentierungen seien so bedeutend, dass Arafah darauf hinwies, dass es keinen analytischen Sinn mache, von einer palästinensischen Wirtschaft zu sprechen. Vielmehr müssten drei Gebiete betrachtet werden. Erstens Gaza. Hier sei es durch die oben beschriebene Abschottung, nicht nur vom Arbeitsmarkt, und insbesondere durch die mittlerweile zehnjährige Blockade zu einer Rückentwicklung dieser isolierten Wirtschaft gekommen.

Zweitens Ostjerusalem, das historisch das Zentrum Palästinas gewesen sei. Es wurde jedoch nach und nach von den anderen beiden Teilen immer weiter isoliert und seine Wirtschaft ebenso wie die der beiden anderen maßgeblich von Israel abhängig gemacht. Dies sei einer der wichtigsten Gründe für die sich stark verschlechternden sozialen Indikatoren. So würden 82% der in Ostjerusalem lebenden Palästinenser\_innen unter der Armutsgrenze leben.

Drittens das Westjordanland, das Arafah bildlich als fragmentierter Archipel beschrieb. Gemeint waren hier die im Oslo-Abkommen festgelegten unterschiedlichen Zonen, die der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) jeweils unterschiedliche Grade an Zuständigkeit zumessen. Diese sind geographisch stark ineinander verzweigt und schaffen so immer wieder Inseln fragmentierter Autonomie. Die Vortragende hob hier analog die unterschiedlichen Wirtschaftszentren, vor allem jenes um Hebron im Süden hervor, aber auch, laut ihr, vielversprechende Initiativen zur stärkeren ökonomischen Entwicklung des Nordens. Wie oben beschrieben stehe der israelische Arbeitsmarkt den im Westjordanland lebenden Palästinenser\_innen teils offen, sodass sie durch diese Integration zu einem wichtigen Faktor in der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Teilgebiets würden.

Diese Fragmentierung erschwere eine mögliche politische und ökonomische Strategie enorm. Ziel müsste allgemein eine Dekolonisierung der palästinensischen Wirtschaft sein. Die aktuelle neoliberale Strategie der Palästinensischen Autonomiebehörde lehnte die Vortragende explizit ab. Stattdessen verwies sie auf die erste Intifada von 1987 als Inspirationsquelle hinsichtlich deren Verknüpfung von politischen und ökonomischen Strategien auf einer breiten, lokal verankerten Basis. Sie hob dabei den ‚ökonomischen zivilen Ungehorsam‘ hervor, etwa in Form von Selbstversorgungsinitiativen, Boykotten israelischer Produkte, der Verweigerung Steuern zu zahlen, Streiks und Kündigungen von Palästinenser\_innen, die in israelischen Firmen angestellt waren. Ziel müsse es dabei sein, eigene Produktionskapazitäten aufzubauen, um so weniger von der israelischen Wirtschaft abhängig zu sein. Ein Boykott israelischer Zigaretten während der ersten Intifada habe damals etwa innerhalb kurzer Zeit zu einer deutlichen Ausweitung palästinensischer Zigarettenproduktion geführt. Ökonomische Befreiung müsse als Voraussetzung der politischen Befreiung gesehen werden. Dabei sei jedoch zu beachten, dass damalige Initiativen es nicht geschafft hätten eine nationale Strategie zu entwickeln. Aus diesem Fehler müsse gelernt werden, um eine tatsächliche Alternative zum kolonialen Wirtschaftssystem entwickeln zu können. Wichtig dafür sei auch, sich nicht nur auf den Raum Palästinas zu beschränken. Das Nationalstaatenmodell müsse in dieser Hinsicht überwunden werden, eine Verbindung insbesondere zu arabischen Wirtschaftstätigkeiten in Israel sei hierfür entscheidend.

Abschließend ging Arafah noch auf die Rolle der EU ein. Palästinenser\_innen fühlten sich zunehmend von der EU im Stich gelassen. Diese würde zwar rhetorisch gegen den Siedlungsbau protestieren, aber ihre konkreten Handlungen würden diesem nichts als Symbolik entgegensetzen. Vielmehr würden die weiterhin bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verbindungen von der EU mit den Siedlungsökonomien diese nach wie vor unterstützen. Das Etikettieren von in illegalen Siedlungen produzierten Waren etwa sei eine weitgehend folgenlose Maßnahme, denn erstes gelte sie nur für eine beschränkte Anzahl von Produkten, zweitens ließe sie sich leicht umgehen und drittens würde der israelische Staat seinen Firmen anderenfalls für entstandene ökonomischen Schäden

Entschädigungszahlungen bieten. Die EU solle vielmehr zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Banken, die den Siedlungsbau finanzieren, verbieten. Die EU solle sogar einen allgemeinen Boykott israelischer Produkte in Erwägung ziehen, denn der Siedlungsbau sei nicht das ursächliche Problem, sondern nur Symptom des Kolonialismus. Die Ursache dafür läge in der Politik der israelischen Regierung.



**Tariq Dana**, Direktor des Zentrums für Entwicklungsstudien an der Birzeit Universität im Westjordanland, ging dann vor allem auf die nationale Bewegung in Palästina ein. Er begann mit der Feststellung, dass der Begriff der Besetzung nicht mehr angemessen sei. Die Strukturen, die in ihr gewachsen seien, seien mittlerweile so komplex und tief verwurzelt, dass es heutzutage weithin akzeptiert sei von Apartheid oder Kolonialismus zu sprechen. Gleichzeitig konstatierte er eine tiefe Krise der palästinensischen Politik und einen großen

Pessimismus der Palästinenser\_innen, was ihre politische Zukunft betrifft.

Dana zitierte eine aktuelle Meinungsumfrage des ‚Palestinian Centre for Policy and Survey Research‘, einem palästinensischen Meinungsforschungsinstitut. Dieser zufolge würden 50% der befragten Palästinenser\_innen aufgrund der Siedlungspolitik eine Zweistaatenlösung als nicht mehr realistisch ansehen. Mehr als 40% hätten angegeben, dass Palästina ihrer Meinung nach heute schlechter dastehe als noch vor 50 Jahren. Ein Drittel glaube, dass die Besetzung noch weitere 50 Jahre dauern würde. Mehr als zwei Drittel seien mit den aktuell palästinensischen Politiker\_innen unzufrieden. Eine Antwort auf die Frage nach den Ursachen dieses Pessimismus erfordere eine genaue Analyse der Entwicklung hin zur gegenwärtigen politischen Situation.

Er wolle sich in seiner Darstellung vor allem auf einen Aspekt fokussieren, der eine Besonderheit der palästinensischen Situation sei: die Tatsache, dass die Etablierung eines Staates vor der Dekolonisierung begann. Die ursprünglichen Ambitionen, etwa der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation), waren nicht einen Staat zu errichten. Sie forderten vielmehr Befreiung, Selbstbestimmung und die Möglichkeit der Rückkehr von geflüchteten Palästinenser\_innen. Dies änderte sich jedoch 1968, als zum ersten Mal das Ziel eines säkularen, demokratischen Staates formuliert wurde. Dieses Ziel wäre dann in den Folgejahren immer wieder bekräftigt und konkretisiert worden. 1974 erhielt die PLO sogar Beobachterinnenstatus in den UN. In der Geschichte fände sich kein zweites Beispiel, in dem dies einer antikolonialen Befreiungsbewegung zugesprochen wurde.



Auch Dana verwies auf das Oslo-Abkommen als wichtigen Bezugspunkt. Denn mit Oslo sei die Etablierung eines Staates zu einem konkreten Programm geworden, noch bevor die nationale Befreiung und Dekolonisation selbst erreicht sei. Die Versprechungen, die von offizieller Seite, also auch der palästinensischen politischen Führung, mit dem Abkommen verbunden waren, könnten, so Dana, nicht erfüllt werden. Dies aus zwei Gründen.



Erstens stelle Oslo eine Kapitulation der PLO dar. Diese sei zwar formell über die nach Oslo eingerichtete Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) gestellt, de facto ihr jedoch untergeordnet. Sie sei heute nur mehr ein reiner Titel. Wieder einmalig sei historisch, dass sich eine Befreiungsbewegung selbst aufgelöst habe und sich unter den Bedingungen von Siedlungskolonialismus und militärischer Besatzung, die sie zuvor noch bekämpft hätte, an einer Staatsformierung versuche. Der palästinensische Intellektuelle Edward Said habe Oslo somit auch als das ‚palästinensische Versailles‘ bezeichnet. Die politische Elite der PA würde dabei jegliche Spannung zwischen Befreiung und Staatsbildung abstreiten. Sie lebe jedoch, so der Vortragende, in einer isolierten Blase, hätte wenig direkten Kontakt mit den Menschen. Sogar Oppositionsparteien hätten sich den Vorgaben des Oslo-Abkommens gebeugt. Dies nicht zuletzt auch deshalb, da (nur) eine Akzeptanz des Status quo Zugang zu ökonomischen und politischen Ressourcen erlaube. Die Transformation früherer bewaffneter Gruppen in innerpalästinensische Polizeieinheiten, die ein knappes Drittel des Budgets der PA erhielten, führe zu einer Situation in der die PA die eigene gemeinsam mit der israelischen Herrschaft auch polizeilich absichere. Die PA werde durch diese Zusammenhänge zu einem Instrument einer indirekten Kolonialherrschaft Israels.

Der zweite Grund, aus dem die mit dem Oslo-Abkommen verbundenen Versprechen nicht eingelöst werden könnten, seien die israelischen Interventionen. Ziel Israels sei es, die Kontrolle über möglichst viel Land, mit möglichst wenigen dort lebenden Palästinenser\_innen zu erlangen, ohne dabei international allzu scharf verurteilt zu werden. Dana nannte dies einen modernen Kolonialismus, der durch die Schaffung von Tatsachen vor Ort de facto zu einer Ausweitung des israelischen Staates führe. Dieser Kolonialismus bediene sich dabei auch ‚klassischen‘ Mitteln, wie der militärischen Eroberung, Ausbeutung von Ressourcen, Siedlungsbau und der Etablierung eines Apartheidregimes. Als ‚moderne‘ Instrumente dieses Neo-Kolonialismus müssten, so Dana, dazu noch die von Nur Arafeh geschilderten ökonomischen Abhängigkeiten genannt werden, ebenso wie die Aktivitäten internationaler (Hilfs-) Organisationen. Deren Förderlogik hätte dazu geführt, dass sich



palästinensische zivilgesellschaftliche Initiativen den Vorgaben und Handlungsimperativen jener derart angepasst hätten (um Gelder zu erhalten), dass sie elitär und de-politisiert geworden seien. Zivilgesellschaftliche Strukturen hätten früher eine wichtige Verbindung zwischen der Bevölkerung und den Politiker\_innen (damals vor allem der PLO) hergestellt. Dies sei heute nicht mehr möglich.

Durch die grundlegende Unterordnung unter diese durch das Oslo-Abkommen geschaffene Situation sei es politischen Bewegungen nicht möglich, notwendige Brüche im politischen Diskurs zu produzieren. Statt also ihre tatsächlichen Bedürfnisse und Visionen artikulieren zu können, führe die Akzeptanz des Status quo vielmehr zu einer Stabilisierung des Kolonialismus. Hinzu komme die oben beschriebene Fragmentierung, insbesondere auch die politische. Die Spaltung zwischen Fatah und Hamas müsse somit als direkte Konsequenz des Oslo Prozesses gelesen werden. Das Ziel nationaler palästinensischer Einheit würde so unterlaufen. Eine Situation, die systematisch von Israel sowohl ausgenutzt als auch selbst (re-)produziert werden würde, etwa durch die Fragmentierung der einzelnen wirtschaftlichen Regionen, die auch von Arafah dargestellt wurde. Dana schloss seinen Vortrag mit den Worten, dass trotz aller Bemühungen Israels und seiner Verbündeten, die Palästinafrage zu marginalisieren, Palästina immer international bedeutend bleiben würde. Aus dem einfachen Grund, dass es einer der letzten antikolonialen Kämpfe sei, in einer Zeit die sonst als postkolonial verstanden würde.



In der dann anschließenden **Fragerunde** wurde vor allem die Rolle palästinensischer Politiker\_innen und die der internationalen Gemeinschaft besprochen. Auf die Frage, was Bundeskanzler Kern bezüglich seines anstehenden Besuchs in Israel zur Unterstützung der Palästinenser\_innen tun könne, antwortete Nur Arafah, er solle gar nicht erst nach Israel fahren. Dies würde ein klares Zeichen gegen den Status quo setzen und auf die bestehenden Ungerechtigkeiten deutlich hinweisen.

Auch auf Fragen zur Rolle weiterer internationaler Akteur\_innen wurde wiederholt von beiden Vortragenden auf die geopolitischen Interessen verwiesen, die selbst bei arabischen Staaten wie Ägypten oder den Golfstaaten, hinsichtlich Handelsbeziehungen oder Finanzströmen, die Solidarität überlagern würden. Solche Realpolitik sei dann auch der Grund, so Arafeh, dass keine internationalen Sanktionen gegen Israel verhängt würden. Ein weiterer sei, dass Israel es schaffe, sich in der Öffentlichkeit als Opfer darzustellen. Hier sei ein sehr wichtiger Beitrag, den auch solidarische Menschen etwa in Wien leisten könnten: die von Israel ausgehende Falschdarstellung der Situation öffentlich zu kritisieren und zu korrigieren. Es wurde auch gefragt, warum keine israelische Perspektive zu Wort gekommen sei. Dies wurde von Helmut Krieger beantwortet, der sagte, dass es selbstverständlich viele, auch kritische, Stimmen in Israel gebe, die gehört werden müssten. Dass es jedoch zunächst in dieser Veranstaltung darum ginge, palästinensischen Perspektiven das Wort zu geben. Für Folgeveranstaltungen werde jedoch sehr wohl über die Einladung israelischer Personen nachgedacht.

Auf die Frage, warum palästinensische Politiker\_innen nicht offener und direkter gegen die Besatzung auftreten würden, antwortete Tariq Dana, auf seine vorherigen Ausführungen verweisend, dass sie häufig selbst von der Besatzung profitieren würden. Auf Nachfrage Helmut Kriegers nach sozialen Initiativen, die demokratische Prozesse einfordern und begleiten könnten antwortete Dana, dass ein großes Problem der palästinensischen Zivilgesellschaft ihre Vereinnahmung durch internationale Geldgeber\_innen sei. Sie hätten deren Ziele und Taktiken übernommen, sich dadurch von den Bedürfnissen der Menschen vor Ort entfremdet.

Daher scheine es Dana, dass eines der Ziele von Oslo die Etablierung sozialer Kontrollmechanismen sei. Nur Arafeh ergänzte, dass gerade junge Aktivist\_innen von den fehlenden Möglichkeiten politischer Partizipation desillusioniert seien und sich daher momentan darauf konzentrierten, politische Räume zu schaffen, in denen sie sich austauschen und ausdrücken könnten. Tariq Dana hob ebenso hervor, dass auch wenn es momentan nur wenige starke Stimmen der palästinensischen Zivilgesellschaft gebe, er keineswegs die Hoffnung aufgeben wolle, dass diese sich in Zukunft noch stärker entwickeln und entfalten würden.



## **Zu den Personen**

### **Nur Arafeh**

ist Policy Fellow am Al-Shabaka: The Palestinian Policy Network und Wissenschaftlerin im Bereich Wirtschaftsentwicklung. Davor war sie assoziierte Wissenschaftlerin am Palestine Economic Policy Research Institute (MAS) und Lehrbeauftragte für Ökonomie am Al-Quds Bard College sowie Lehrassistentin an der Columbia University. Sie schrieb zahlreiche Kommentare in Arabisch, Englisch und Französisch unter anderem für The Guardian, Al-Jazeera, Le Monde Diplomatique und Al-Akhbar. Nur Arafeh hat einen BA in Politikwissenschaft und Ökonomie von der Sciences Po und der Columbia University sowie einen MPhil in Development Studies der University of Cambridge. Im Oktober 2017 wird sie mit ihrem PhD an der University of Oxford beginnen.

### **Tariq Dana**

ist Direktor des Center for Development Studies der Birzeit University, Palästina. Er ist Senior Research Fellow und Fakultätsmitglied am Ibrahim Abu-Lughod Institute für Internationale Studien, wo er auch Globale Politische Ökonomie lehrt. Tariq Dana ist Policy Advisor beim palästinensischen Policy Network Al-Shabaka. Zuvor arbeitete er für mehrere palästinensische und internationale NGOs und UN Agenturen in den besetzten palästinensischen Gebieten, in Afrika und Europa. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen, Neoliberalismus und Globalisierung sowie Staatsbildung mit speziellem Fokus auf Palästina.

### **Helmut Krieger**

ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien sowie Konsulent des VIDC. Seine Forschungsschwerpunkte sind: der israelisch-palästinensische Konflikt, Bewegungen des politischen Islam in der arabischen Welt, kritische Staatstheorien und postkoloniale Theoriebildung. Eine seiner aktuellsten Veröffentlichung ist: Umkämpfte Staatlichkeit. Palästina zwischen Besatzung, Entwicklung und Islam. Wiesbaden 2015. Des Weiteren ist er der österreichische Projektleiter des APPEAR-Projekts Rooting Development in the Palestinian Context, einer Hochschulkooperation zwischen der Universität Wien, der Birzeit University in der West Bank und der Al Azhar University im Gazastreifen.

### **Magda Seewald**

ist seit 2005 Projektreferentin am VIDC. Ihr regionaler Fokus liegt im arabischen Raum, insbesondere Palästina. Zudem betreut sie die VIDC-Reihe zu den Umbrüchen in der arabischen Welt. Zu ihren weiteren Arbeitsschwerpunkten zählen Gender und Gendersensibilisierung von Männern und Burschen. Sie studierte Politikwissenschaft an der Universität Wien.